

N i e d e r s c h r i f t

**der 28. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Planungsangelegenheiten am 13.03.2007**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal
Marktplatz 2
06100 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 20:00 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Martin Bauersfeld	CDU	
Herr Joachim Geuther	CDU	
Herr Frank Sänger	CDU	
Herr Uwe Heft	Die	
Linkspartei. PDS		
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	Die	
Linkspartei. PDS		
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	Die	
Linkspartei. PDS		
Herr Dr. Frank Eigenfeld	SPD	
Herr Thomas Felke	SPD	
Frau Brigitte Thieme	GRAUE	vertritt Herrn Dr. Hans-Dieter Wollenweber
Herr Prof. Dr. Dieter Schuh		
	UNABHÄNGIG	
E		
Frau Prof. Dorothea Vent	MitBurger	
Herr Dietmar Weirich	BÜNDNIS	
90/DIE GRÜNEN		
Herr Dieter Lehmann	SKE	bis 18:30
Herr Heinz-Günter Ploß	SKE	
Herr Heiner Schneider	SKE	
Frau Franziska Godau	SKE	

Entschuldigt fehlen:

Herr Dr. Tilo Biesecke	SKE
Herr Matthias Dreler	SKE
Frau Undine Klein	SKE

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Vorlagen
 - 4.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2007, sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2005
Vorlage: IV/2007/06261
 - 4.2. Fortschreibung des Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrages
Vorlage: IV/2006/06099
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS zum Kostencontrolling von Bauprojekten
Vorlage: IV/2006/06154
 - 5.2. Antrag des Stadtrates Milad El-Khalil, CDU, zur Verkehrsführung am Robert-Franz-Ring
Vorlage: IV/2007/06282
6. Anfragen von Stadträten
7. Mitteilungen
 - 7.1. mündliche Information zum Arbeitsstand Gestaltungskonzept Riebeckplatz
 - 7.2. mündliche Information zum Gestaltungsbeirat

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Sänger, eröffnete die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit und die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

zu 4 Vorlagen

zu 4.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2007, sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2005 Vorlage: IV/2007/06261

Den Mitgliedern des PA lagen zur Beratung folgende Unterlagen vor

- Haushaltsplan und Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2007 sowie Beteiligungsbericht für das Jahr 2005, Stand 31.01.2007
- anderungslisten VermHH FB 61
- anderungslisten VermHH FB 66
- Untersetzung Sachverständigenkosten FB 67
- Stellungnahme VerwHH FB 66 UA 6020
- Übersicht Planungsleistungen/ Sachverständigenkosten ÖPNV
- Übersicht Planungsleistungen/ Sachverständigenkosten FB 61

Frau Walter vom ZGM war anwesend und beantwortete die im Protokoll vom 13.02.2007 vermerkten Fragen.

Verw-HH

UA 5810

Erläuterungen zur Betriebskostenabrechnung Objekt Liebenauer Str. 2005

UA 6801

Gebühren für Mitarbeiterparkplätze – aktueller Stand

Vorlage wird demnächst in die Gremien eingebracht, nach der Beiko erfolgt Info an den PA

UA 7500

Erläuterungen zu den Betriebskosten Friedhöfe

Verm-HH

UA 6150

- **Herr Felke** fragte, ob die Kosten für die Stadtteilzeitung Neustadt mit den eingestellten HH-Mitteln abgedeckt werden.

Herr Lunebach erläuterte, dass diese Kosten zur Öffentlichkeitsarbeit gehören. Es erfolgt zur Zeit eine rechtlich schwierige Prüfung, ob die Stadtteilzeitung über die vorläufige HH-Führung finanziert werden darf, ob es eine zulässige Fortsetzungsmaßnahme ist oder ein Neubeginn.

Die Mittel sind im HH-Plan eingestellt. Dieser ist aber noch nicht bestätigt.

Herr Wehrich fragte, ob die Brücke über den Riebeckplatz aus verkehrstechnischer Sicht noch notwendig ist.

Herr Dr. Pohlack antwortete, dass Verkehrsprognosen bis 2025 die Notwendigkeit der Brücke belegen.

Weitere inhaltliche Fragen

Herr Felke stellte folgende Fragen

1. Was verbirgt sich hinter der Position IBA-Symposium Doppelstadt , warum wurden 10 T€ dafür veranschlagt?
2. Warum wird ein Stadtteilentwicklungskonzept für das Gebiet Giebichenstein zusätzlich zum ISEK erarbeitet?
3. Warum wird ein Quartierskonzept Neustadt erstellt?
4. Ist eine Aktualisierung des Radverkehrskonzeptes notwendig, wenn keine Mittel zur Umsetzung zur Verfügung stehen? In welche Richtung soll die Fortschreibung erfolgen?

Herr Lunebach antwortete

- zu 1. Für die Jahre 2008/09/10 sind Fördermittel beantragt, es soll gebaut werden. Im HH 2007 wurden durch Umschichtung Mittel für die Planungen der IBA-Projekte eingestellt, damit ab 2008 gebaut werden kann. Ein wichtiger Bestandteil ist die Öffentlichkeitsarbeit in Form eine Symposiums. Diese Leistung würde allerdings bei der Überarbeitung des Verw.HH gestrichen werden. Eine Information an das Land erfolgt dementsprechend.
- zu 2. Das Gebiet Giebichenstein liegt nicht im ISEK-Gebiet. Es hat eine besondere Bedeutung. Zur Zeit werden dort viele Stadthäuser neu gebaut. Nachfragen sind vorhanden. Da es im Gebiet auch keine B-Pläne gibt wird versucht, mit einem Stadtteilkonzept u. a. eine freiräumliche Steuerung zu ermöglichen.
- zu 3. In Neustadt soll mittels Quartiersvereinbarungen ein gemeinsames Handeln im Stadtumbauprozess von Wohnungsgenossenschaften und Stadt ermöglicht werden. Erfahrungen mit der Quartiersvereinbarung Heide-Nord zeigen, dass ein Quartierskonzept für die städtebauliche Vertiefung und über das ISEK hinausgehend sowie für den Vollzug der Quartiersvereinbarung notwendig ist.
- Zu 4. Das Radverkehrskonzept der Stadt ist ca. 10 Jahre alt. Radverkehrsanlagen werden im Zuge des Ausbaus von Straßen mit errichtet, eingebunden in das Konzept. Das Radverkehrskonzept stellt ein Ergänzung des Verkehrspolitischen Leitbildes dar.

Herr Dr. Köck fragte, ob das Giebichensteinviertel nicht noch in das ISEK einbezogen werden kann.

Herr Lunebach erläuterte, dass das Stadtumbaugebiet nicht vergrößert werden soll. In Stadtumbaugebieten werden öffentliche Förderungen getätigt. Das ist im Giebichensteinviertel nicht notwendig. Es handelt sich um eine klassische Rahmenplanung.

Frau Prof. Vent fragte ob das im HH-Plan eingeordnete Nutzungskonzept Riebeckplatz das zur Zeit in Bearbeitung befindliche ist.

Herr Lunebach antwortete, das hier über das derzeitige Konzept hinausgehend, Zwischenlösungen zur temporären Aufwertung geplant werden sollen. Hier wurde eine HH-Vorsorge geplant.

Herr Wehrich fragte nach dem im HH veranschlagten P+R-Platz Nietleben. Er hatte im Oktober ein Anfrage gestellt und die Zusage erhalten, dass bei Klärung des Problems ein Information im PA erfolgt. Dies sei nicht geschehen und der P+R-Platz ist trotzdem in den HH aufgenommen worden. Das sei für ihn unverständlich. Die Notwendigkeit eines P+R-Platzes ist in dieser Dimension von 400 Parkplätzen nicht nachgewiesen. Auch andere P+R-Plätze werden wenig genutzt.

Herr Möbius antwortete, dass hier zur Zeit eine Überarbeitung stattfindet und statt des P+R-Platzes eine Schnittstellenlösung für den Übergang vom Bus zur S-Bahn erarbeitet wird. Es wird nur ein kleiner Parkplatz eingerichtet. Die HH-Stelle wird gerade überarbeitet.

Herr Wehrich stellte den **Antrag**, die HH-Stelle bis zur Vorlage eines Konzeptes zu streichen.

Herr Felke fragte, wie auf die neue Situation zur Kofinanzierung der Bund/Land-Förderungen von 33 1/3 % hin und fragte ob hier nicht eine grundsätzliche Überarbeitung des HH für die Beteiligung von privaten Investoren in Höhe von 23 % erfolgen muss.

Herr Lunebach erläuterte die derzeitige Situation im Sanierungsgebiet. Es wird immer schwieriger, dass private Eigentümer den Eigenanteil für die Sanierungsförderung aufbringen können. Es ist zu prüfen, ob überhaupt Partner im Stadtumbau für diese neue Förderungsbeteiligung gefunden werden können. Es werden ohnehin zur Zeit wenig Aufwertungsmaßnahmen durchgeführt. Die Problematik wird in der nächsten Woche mit dem Ministerium beraten werden.

Frau Schlüter-Gerboth erinnerte daran, dass der HH nicht abgestimmt werden kann, nur inhaltliche Fragen beraten werden können.

Herr Sängler bestätigte, dass keine Abstimmung erfolgen wird.

Herr Wehrich fragte nach dem zeitlichen Ablauf für den Stadionneubau, da im HH Sachverständigenkosten veranschlagt wurden.

Herr Lunebach antwortete, dass nur nach erfolgtem Zuschlag ein B-Plan erarbeitet wird. Es handelt sich um eine Kostenvorsorge.

Herr Wehrich änderte seinen Antrag wie folgt.

Die HH-Ansätze für den P+R-Platz Nietleben sollen dem neusten Stand angepasst werden. Der PA ist darüber zu informieren.

Abstimmung zum Antrag

Ja-Stimmen 9

Nein-Stimmen 1

Enthaltungen 1

Damit wurde der Antrag mehrheitlich angenommen.

Als Ergebnis der Diskussion ist festzustellen, dass es zum VermHH (außer P+R-Platz Nietleben) keinen weiteren Diskussions- und Beratungsbedarf gibt.

Wegen der ausstehenden Änderungen zum VerwHH (Abgleich und Änderung Planungsansatz 2007 in Anlehnung an das vorläufige Rechenergebnis 2006) wurde vom PA noch kein abschließendes Votum zur Vorlage abgegeben.

Abstimmungsergebnis:

wurde beraten

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2007, den Haushaltsplan 2007 und das Haushaltskonsolidierungskonzept am 25.4.2007.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2005 zur Kenntnis.

zu 4.2 Fortschreibung des Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrages Vorlage: IV/2006/06099

Herr Heft regte an, den Malus (Anlage 1) so zu gestalten, dass für das Verkehrsunternehmen ein Anreiz besteht die Qualitätsstandards über zu erfüllen sowie ein Bonussystem als motivierenden Bestandteil zu entwickeln.

Herr Roesler sagte eine Prüfung des Malussystems zu.

Herr Felke stellte folgende Fragen

1. Warum ist der Ansatz bei den Ausgaben um 1 Mio. € gegenüber der Vorlage November 2006 gestiegen?
2. Anlage 1 – die geforderten Standards sind teilweise bereits zum jetzigen Zeitpunkt überstiegen (z. B. Pkt. 10 Anteil der Niederflurfahrzeuge)?
3. Prüfung der Standards durch unabhängige Dritte - wer prüft und wer trägt die Kosten der Überprüfungen?
4. Warum wurde die Auswahl der zu prüfenden Endstellen in Anlage 7 festgelegt?

Herr Roesler

zu 1. Erläuterung zur Kostenentwicklung

November 2006 Anteil der Stadt 13,6 Mio. €

Januar 2007 Anteil der Stadt 11,1 Mio. € zusätzlich 3,5 Mio. € aus Regionalisierungsmitteln insgesamt 14,6 Mio. €

zu 2. bei niederflurgerechten Fahrzeugen noch kein ausreichender Anteil sowie Probleme bei Haltestellen auch im Busbereich

zu 3. Kontrollen werden von der ISUP durchgeführt, die Kosten trägt der FB 61

zu 4. hier sind die Endstellen aufgeführt, bei denen fahrplanmäßig eine Kontrolle durch den Fahrer möglich ist (ausreichende Zeit)

In Anlage 2a und b befinden sich sensible Angaben zum Verkehrsunternehmen, deshalb ist eine Behandlung im öffentlichen Teil nicht möglich.

Herr Weihrich fragte nach der Höhe der Zuschüsse der Stadt im Jahr 2008.

Herr Roesler antwortete, dass der Zuschuss der Stadt im NVP festgeschrieben ist und im Jahr 2008 12,225 Mio. € beträgt. Im Jahr 2009 wird die Stadt keine Zuschüsse mehr gewähren.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

vorbehaltlich der Informationen zu Anlage 2a und b im nichtöffentlichen Teil der Sitzung

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage des in der Anlage beigefügten Entwurfes, mit der HAVAG einen Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag abzuschließen.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS zum Kostencontrolling von Bauprojekten Vorlage: IV/2006/06154

Herr Dr. Pohlack erläuterte, dass auch in Zukunft Nachträge bei Bauvorhaben nicht ausgeschlossen werden können. Die Analyse der Ursachen in der Vergangenheit ergab, eine teilweise nicht ausreichende Vorbereitung der Projekte sowie ein schwierigerer Bauuntergrund als bei der Kostenberechnung angenommen werden konnte (z. B. Berliner Brücke). Eine Risikoabschätzung wird bereits in die Vorlagen eingearbeitet.

Es wird angestrebt, die Hauptsatzung dahingehend zu ändern, dass Kostennachforderungen von den Gremien bestätigt werden müssen.

Weiterhin wird eine regelmäßige Berichterstattung über risikobehaftete Baumaßnahmen eingeführt.

Innerhalb der Verwaltung ist das Investitionscontrolling von der Kämmerei in den FB Tiefbau verlegt worden. Dafür wird eine externe Fachkraft eingestellt.

Herr Dr. Köck stellte den Antrag zurück.

Abstimmungsergebnis:

zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Projekt- und Investcontrolling für Bauprojekte aufzubauen. Dazu wird ein Zeitplan mit konkreten Zielen vorgelegt. Über die Umsetzung wird im Planungsausschuss informiert.
2. Neben der fachlichen Planung werden die Kosten zukünftiger Bauprojekte ab einer Bausumme über 500.000 € detailliert aufgezeigt.
3. Über den Finanzstatus dieser Bauprojekte wird regelmäßig im Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben sowie im Planungsausschuss informiert. Dazu sind in einer Tabelle geplante und realisierte Kosten gegenüberzustellen. Ein Abschlussbericht mit Auswertung des Projektes wird standortmäßig vorgelegt.
4. Über technische Schwierigkeiten und damit ggf. verbundene Kostenüberschreitungen wird zeitnah im Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben, im Planungs- sowie im Finanzausschuss informiert.

zu 5.2 Antrag des Stadtrates Milad El-Khalil, CDU, zur Verkehrsführung am Robert-Franz-Ring Vorlage: IV/2007/06282

Zu Beginn der Sitzung wurde eine Informationsvorlage verteilt.

Herr Sänger schlug vor, den Sachverhalt in den Fraktionen zu erläutern und im nächsten PA am 10.04.2007 erneut über den Antrag zu beraten und dann abzustimmen.

Herr Otto erläuterte die Möglichkeiten der Verkehrsführung, Förderung durch das Land sowie die die notwendigen baulichen Änderungen im Falle einer zweispurigen Verkehrsführung über die Klausbrücke ausführlich.

Herr Sänger ging auf einige Aspekte des Vortrags von Herrn Otto wie folgt ein

1. Problem LKW-Verkehr Schleppkurve zu eng – Lösung Umleitung des LKW-Verkehrs
2. Denkmal – das Gewölbe ist schon jetzt nicht erlebbar
3. Rückstau Glauchaer Platz, Behinderung der Straßenbahn wird nicht gesehen, da die Straßenbahn ein eigenes Gleisbett hat
4. 1 Mio. € zusätzlicher Kosten bei Neubau der Brücke, genauere Untersuchungen
5. Einmündung Ankerstraße - Signalisierung für Fuß- und Radverkehr notwendig
6. Beratung im PA zur Gestaltung der Verkehrsführung in der Bauphase der Klausbrücke

Herr Prof. Schuh bekräftigte die Argumente von Herrn Sänger und war der Meinung, dass durch die zweispurige Befahrung des Robert-Franz-Ringes das Wohngebiet Ankerstraße auf jeden Fall entlastet wird.

Herr Otto legte anhand der Schallemissionsprognose dar, dass auch bei einer ca. 50 %igen Verkehrsreduzierung in der Ankerstraße die Grenzwerte der hier nur vergleichend anwendbaren 16 BImSchV erheblich überschritten werden.

Herr Heft fragte, ob im Bereich Klausbrücke/ Mansfelder Straße eine LSA eingerichtet werden muss oder auch ein Fußgängerüberweg genügen würde.

Herr Otto antwortete, dass die für einen FGÜ laut Richtlinie gültige maximale KFZ-Belegung erheblich überschritten wird.

Herr Bauersfeld sagte, dass beide Knoten der Mansfelder Str. nicht leistungsfähig sind. Der Stau am Robert-Franz-Ring wird auch durch die schlechte Sicht in die Mansfelder Str., die Vorfahrt aus der Mansfelder Str. und die Überquerung durch Fuß- und Radverkehr verursacht.

Er regte an, eine Testphase für die zweispurige Führung bis zum Baubeginn durchzuführen.

Herr Wehrich war der Meinung, dass über einen Neubau der Brücke gar nicht diskutiert werden muss, da die Mehrkosten nicht aufzubringen sind.

Herr Dr. Köck sprach sich für eine sektorale Erschließung der Altstadt aus und regte an, die Verkehre nochmals genau zu beobachtend und zu analysieren, um so viel Durchgangsverkehr wie möglich zu vermeiden.

Herr Sängner sprach sich ebenfalls für eine Testphase aus und fragte, wann der Baubeginn geplant ist.

Herr Möbius sagte, dass der Baubeginn Ende 2008 geplant ist. Ein Test ist trotzdem nicht möglich, da die Brücke nicht mehr in der Lage ist, den vollen Verkehr aufzunehmen. Daher muss die Fahrbahn bis zur Sanierung oder Neubau der Klausbrücke erheblich eingeeengt werden, so dass ein Zweirichtungsverkehr nicht mehr möglich ist.

Herr Otto ergänzte, dass ausreichend Verkehrszählungen für den Ein- und Zweirichtungsverkehr über die Brücke vorliegen, die auch eingesehen werden können.

Bei Zählungen Anfang 2007 (Umleitung Ankerbrücke, Zweirichtungsverkehr R.-Franz-Ring) wurde festgestellt, dass trotz zweispuriger Verkehrsführung über 50% des Verkehrs in Richtung Ankerstraße (An der Schwemme bzw. Schieferbrücke) floss und somit eine Entlastung des Wohngebietes nicht in dem Maße erfolgt wie gewünscht.

Herr Dr. Eigenfeld fragte, ob die Elisabethbrücke für den Verkehr nach Neustadt wieder geöffnet wird.

Herr Otto sagte, dass dafür eine neue Anlage für den Rad- und Fußverkehr gebaut werden muss, da diese zur Zeit nur in einer Richtung vorhanden ist. Zählungen ergaben einen sehr geringen Teil an Fahrzeugen, die die Elisabethbrücke benutzten.

Abstimmungsergebnis:

wurde beraten, für PA 10.04.2007 wieder auf TO

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, die jetzige „provisorische“ Verkehrsführung als Dauerlösung zu belassen sowie die Einmündung des Robert-Franz-Rings in die Mansfelderstraße entsprechend zu gestalten. Fahrzeuge aus dem Norden, die in Richtung Neustadt wollen, fahren die Ankerstraße und Schwemme in Richtung Hochstraße. Andere Verkehrsteilnehmer fahren bis zur Klausbrücke dann links in Richtung Hallmarkt.

zu 6 Anfragen von Stadträten

- **Frau Prof. Vent** fragte, wann der Fußgängerüberweg am Robert-Franz-Ring eingerichtet wird gemäß Stadtratsbeschluss.

Herr Möbius bestätigte die Einordnung in die Prioritätenliste.

Eine schriftliche Antwort erfolgt.

- **Herr Eigenfeld** bat die Verwaltung, mit Anwohnern der Str. der Wagonbauer einen Ortstermin zur Kreuzung Merseburger Str./ Am Sommerbad zu vereinbaren, um die Aufhebung des Wendeverbotes an der Kreuzung zu prüfen.

Herr Möbius sagte zu, die Ursache für das Wendeverbot mit der Unteren Verkehrsbehörde zu klären .

- **Frau Schlüter-Gerboth** bat die Verwaltung sich der Sicherung der Wirtschaftsgebäude auf dem Gut Kanena auch in Hinblick auf die bestehende Erhaltungssatzung anzunehmen. Bürger haben dort Vandalismus beobachtet.

Die Verwaltung prüft.

- **Frau Prof. Vent** erinnerte an die Einsturzgefahr der Neumühle.

Wird vom FB 63 geprüft.

- **Herr Wehrich** bat um eine schriftliche Stellungnahme zur Verfahrensweise mit der Stellungnahme der Stadt Halle zum Regionalen Entwicklungsplan bis zum SR am 28.03.207 (Beschluss durch den Stadtrat).
- **Herr Felke** stellte folgende Fragen
 1. Positionierung der Stadt zum Neuzuschnitt der Regionen in Sachsen-Anhalt insbesondere zum Kreis Mansfeld/ Südharz, im PA vorstellen
 2. Das ehem. Statistikamt in Halle-Neustadt wird immer mehr zerstört, befindet sich das Gebäude im Rückbauprogramm?
- **Herr Ploß** hielt den Bau der öffentlichen Toilettenanlage im Marktschlößchen für bedenklich da das Gebäude einen hohen Denkmalwert besitzt.

Herr Dr. Pohlack erklärte, dass die Toilettenanlage im Hofbereich gebaut wird. Dieser Bereich gehört nicht mehr zum Denkmal.

- **Herr Wehrich** machte darauf aufmerksam, dass in der Ludwig-Wucherer-Str. in Höhe der Einfahrt Nr. 58 kurz vor der EDEKA-Kaufhalle Fahrzeuge auf dem Fahrradweg parken und somit an dieser engen Stelle eine erhöhte Unfallgefahr verursachen. Er bat zu prüfen, ob bauliche Maßnahmen Abhilfe schaffen können.

Wird schriftlich beantwortet.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 mündliche Information zum Arbeitsstand Gestaltungskonzept Riebeckplatz

Herr Lunebach erläuterte ausführlich den städtebaulichen Zwischenstand zur Gestaltung des Riebeckplatzes.

Abstimmungsergebnis:

Kenntnis genommen

zu 7.2 mündliche Information zum Gestaltungsbeirat

Wurde auf die Sitzung am 10.04.2007 vertagt.

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08

Frau Schmiedehaus
Protokollführerin

Dr. Pohlack
Beigeordneter

Herr Sänger
Vorsitzender